



Barthle-Brief

Nr. 71

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

24.4.2009

Thema der Woche:

In der Krise spaltet SPD die Gesellschaft **Die Woche im Bundestag nach dem Beschluss des SPD-Wahlprogramms**

Diese Sitzungswoche des Deutschen Bundestages steht noch ganz unter dem Eindruck des an diesem Sonntag von der SPD beschlossenen Programms für die Bundestagswahl im September. Mit diesem Programm zeigt die SPD einmal wieder, dass sie nichts übrig hat für Arbeitnehmer und Mittelstand. Sie offenbart sich einmal mehr als Steuererhöhungs- und Klientelpartei. Statt die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen zu entlasten, setzt die SPD auf eine Spaltung der Gesellschaft. Mit Symbolik wie der Anhebung der „Reichensteuer“ oder dem Auszahlen eines Steuerbonus an Geringverdiener beweisen die Sozialdemokraten, dass sie sich von der Lösung der wirklichen Probleme in unserem Land verabschiedet haben. Für die einen soll die Steuer erhöht werden, andere brauchen noch nicht einmal eine Steuererklärung abzugeben. Und die mittleren Einkommensschichten gehen nach dem SPD-Modell ganz leer aus.

Die Idee einer 300-Euro-Steuerrück-erstattung bringt keine Entlastung für den Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer eine Steuererklärung abgibt, weil er als Arbeitnehmer die Pendlerpauschale geltend machen oder als Ehrenamtlicher von der Übungsleiterpauschale profitieren möchte, hat vom Steuerbonus nichts. Ihm bietet das SPD-Wahlprogramm keine Entlastungsperspektive. Zudem führt der Steuerbonus zu keiner Vereinfachung des Steuerrechts, sondern sorgt im Gegenteil für neue bürokratische Belastungen. Statt insbesondere der viel zahlenden Mitte mehr Freiraum zur Entfaltung zu geben, fällt die SPD in alte Klassenkampfparolen zurück.

Die Anhebung der „Reichensteuer“ führt nur zu geringen Steuermehreinnahmen, belastet aber gerade mittelständische Betriebe überproportional stark. Ausgerechnet das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, auf das wir zur Be-

wältigung der Krise besonders angewiesen sind, wird damit von der SPD missbraucht, um sich als besonders sozial darzustellen. Dass der Mittelstand als wichtigster Arbeitgeber in Deutschland gerade in wirtschaftlich sehr schweren Zeiten der größte Unterstützer der Arbeitnehmer mit geringen und normalen Einkommen ist, passt den Sozialdemokraten nicht ins Konzept. Hier wird der Unterschied zur Union sehr deutlich. Wir wollen die leistungsfeindlichen Wirkungen der kalten Progression zurücknehmen und gerade die unteren und mittleren Einkommen entlasten.

Das am Sonntag beschlossene Programm der SPD offenbart die gesamte Erschöpfung und Konzeptlosigkeit der Sozialdemokraten nach elf Jahren Regierungsbeteiligung. Es ist zugleich ein Dokument ihrer Zerrissenheit und Unsicherheit: Noch vor wenigen Monaten hatte die SPD jegliche Steuersenkung als angeblich unsinnig und wirkungslos abgelehnt, nun erklärt sie Steuersenkungen für Wenige zum zentralen Bestandteil ihres Wahlprogramms, ohne seriöse Wirtschaftsprognosen und dann die Steuerschätzung im Mai dieses Jahres abzuwarten. Auch in anderen Bereichen vollziehen die Sozialdemokraten eine Kehrtwende: Die in der Großen Koalition beschlossene und von Verkehrsminister Tiefensee verantwortete Privatisierung der Deutschen Bahn wird im Wahlprogramm abgelehnt. Mit ihrem Wahlprogramm stellt sich die SPD deutlich gegen die Ergebnisse ihrer eigenen elf-jährigen Regierungsbeteiligung. Das Programm ist der Sieg der SPD-Linken. Statt sich von der Linkspartei abzugrenzen, marschiert die SPD auf diese zu.

Für CDU und CSU ist klar: Wir werden alles dafür tun, um die Umsetzung des mittelstandsfeindlichen SPD-Wahlprogramms zu verhindern und mit aller Kraft für eine bürgerliche Mehrheit kämpfen.

Berufsbildungsbericht 2009

An diesem Donnerstag stellte uns die Bundesregierung den Berufsbildungsbericht 2009 vor. Dieser gibt Auskunft über die Ausbildungslage in Deutschland. 2008 wurden rund 616.000 neue Ausbildungsverträge geschlossen (minus 9.000 gegenüber 2007), 19.000 Plätze blieben unbesetzt (plus 1.000 gegenüber 2007) und 14.000 Bewerber blieben unversorgt (minus 18.000 gegenüber 2007).

Für das laufende Jahr erfolgt eine Prognose der zu erwartenden Ausbildungsplatzsuchenden und des voraussichtlichen Angebots. Die Ausbildungssituation wird sich trotz der Konjunkturkrise voraussichtlich im Jahre 2009 gegenüber 2008 nicht wesentlich verschlechtern, da sich deutlich weniger Bewerber um eine Lehrstelle bemühen werden.

Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind im häuslichen Bereich und auch außerhalb einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, Opfer von Gewalt, Körperverletzung oder Missbrauch, Verwahrlosung oder Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung zu werden. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Frauen und Mädchen mit Behinderungen wirksam vor Gewalt schützen und Hilfsangebote verbessern“ fordern wir die Bundesregierung auf, die geplante Untersuchung zum Ausmaß und Umfang von Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen schnellstmöglich in Auftrag zu geben und einen Zwischenbericht vorzulegen.

Ausweitung des Kinderschutzes

Mit dem in dieser Woche in erster Lesung debattierten Kinderschutzgesetz wird der Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefs der Länder vom 12. Juni 2008 umgesetzt, neue gesetzliche Regelungen für einen wirksameren Kinderschutz zu schaffen.

Die mit Kindern und Jugendlichen befassten Berufsgruppen können zukünftig auf eindeutiger Rechtsgrundlage bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung Informationen an das Jugendamt übermitteln. Zudem werden die bundesrechtlichen Vorschriften zum Kinderschutz im Sozialgesetzbuch weiterentwickelt.

Hierzu gehört insbesondere die Verpflichtung des Jugendamts, bei Vorliegen gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung das gefährdete Kind und in der Regel auch dessen persönliches Umfeld in Augenschein zu nehmen, um sich einen unmittelbaren Eindruck von Kind und Eltern zu verschaffen.

Bericht des Wehrbeauftragten

Im seinem in dieser Woche vorgestellten Jahresbericht 2008 macht der Wehrbeauftragte Vorschläge zur Verbesserung und Weiterentwicklung von Ausrüstung, Ausbildung, Einsatzfähigkeit und Innerer Führung. Der Bericht befasst sich diesmal im Schwerpunkt mit der Ausstattung der Truppe und dem Sanitätsdienst.

Der Wehrbeauftragte weist anlässlich des 60. Geburtstags der Bundesrepublik darauf hin, dass diese längste Friedensperiode in der deutschen Geschichte auch deshalb möglich war, weil die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr diese Demokratie gesichert haben.

Sicherheitsunternehmen kontrollieren

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts erleben nichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen einen Aufschwung. Bisher gibt es jedoch keine völkerrechtlichen oder anderen internationalen Regelungen zum Umgang mit solchen Unternehmen.

Mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und SPD „Nichtstaatliche militärische Sicherheitsunternehmen kontrollieren“ fordern wir die Bundesregierung auf, sich national und international um eine grundsätzliche Regelung der Tätigkeit solcher Unternehmen zu bemühen.

Zitat

„Ich glaube, das war eine ganz klare Absage, zumindest an eine gemeinsame Regierung mit den Freien Demokraten. Denn was hier den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt worden ist, ist ja steuerpolitischer Giftmüll, in Geschenkpapier verpackt (...).“

(FDP-Generalsekretär Dirk Niebel am Montag im Fernsehsender n-tv zu dem am Wochenende beschlossenen SPD-Wahlprogramm.)